

Aufschlag

UNT Zürcher Unterland

Unterländer: Mehrheitlich gegen Ausbau

Der Kantonsrat wird im Februar 2009 über das Verbot von Pistenausbauten befinden. Unterländer Politiker bieten Unterstützung über die Parteigrenzen hinweg.

Von Manuela Moser

Zürich/Kloten. - Das Zünglein an der Waage spielen beim Pistenmoratorium, das nächsten Februar im Kantonsrat debattiert wird, zwei bürgerliche Abweichler aus dem Unterland: Gabriela Winkler (FDP, Oberglatt) und Martin Mossdorf (FDP, Bülach). Sie haben in der vorberatenden 15-köpfigen Verkehrskommission zusammen mit der Linken sowie der CVP und EVP für eine Behördeninitiative gestimmt, die vor zwei Jahren von 42 grösstenteils Unterländer Gemeinden eingereicht worden war (TA von gestern).

Kommission: Mit 6 zu 9 entschieden

Für Gabriela Winkler ist ihre Haltung gegen einen Ausbau des Pistensystems am Flughafen kein Widerspruch zur Haltung der sonst eher wachstumsfreundlichen FDP-Mutterpartei: «Es ist eine unbewiesene These, dass der Flughafen nur dann rentiert, wenn er grenzenlos wachsen kann», begründet sie. Dass mit dem Pistenausbauverbot die Investitionssicherheit von KMU in der Region gestärkt wird, ist für sie ein weiteres Argument. «Ein Entscheid für die Behördeninitiative bindet zudem die Regierung daran, diese Position im SIL-Prozess zu vertreten.»

Anderer Meinung ist ihr Fraktionskollege Antoine Berger (FDP, Kilchberg), der in der Ratskommission als einziger FDP-ler zusammen mit den fünf SVP-Kantonsräten - allesamt nicht aus dem Unterland - gegen das Moratorium gestimmt hat und unterlegen ist. «Die Fraktion wird das Verbot grossmehrheitlich ablehnen», prognostiziert er für die Debatte im Februar, «aber im Gesamtrat wird es sehr knapp werden.» Schon in der vorberatenden Kommission sei das Thema «sehr kontrovers» diskutiert worden, so Berger.

Unterländer halten zusammen

Dass die bürgerlichen Abweichler aus dem Unterland auch in der Ratsdebatte vom Februar den Ausschlag geben werden, ist unbestritten. Viele sichern aber schon heute ihre Zusage für das Pistenverbot zu. So auch Jean-Luc Cornaz (FDP, Winkel). «Mit dem Fluglärm wird sich die Bevölkerungsstruktur im Unterland verändern, schlechter Verdienende ziehen in beschallte Regionen.» Die steigenden Sozialkosten seien dann eine Folge, die sein Bezirk tragen müsste. Daher wird der Kantonsrat aus Winkel pointiert als Unterländer für das Ausbauverbot stimmen.

Im Clinch zwischen Fraktion und Wohnzugehörigkeit sieht sich auch Claudio Schmid (SVP, Bülach) nicht. Obwohl seine fünf Parteikollegen in der Verkehrskommission geschlossen gegen das Verbot votiert haben, sieht sich Schmid vorwiegend als «Unterländer, der die Interessen seiner Wähler im Bezirk» vertreten wird. Daher wird er klar für ein Moratorium sein. Auch Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf) schliesst sich dieser Meinung an: «Da muss ich nicht lange überlegen.»

Bruno Grossmann (SVP, Wallisellen) hingegen vertritt eine andere Meinung. «Ich lasse mich weder von der Partei noch von Unterländer Interessen leiten - ich vertrete nur das, was ich persönlich finde.» Für ihn ist ein Moratorium das falsche Instrument. Der Bund könne über die Lärmschutzverordnung oder die Umweltschutzgebung den Gemeinden mehr Rechtssicherheit bieten, findet er.

Indes haben die Vertreter des Dachverbands Fluglärmenschutz (DVFS), des Bürgerprotests Fluglärm Ost sowie der IG Nord ihre Genugtuung über die befürwortete Behördeninitiative ausgedrückt. Sie bewerten den Kommissionsentscheid nicht nur als positives Zeichen für den laufenden SIL-Prozess, sondern auch als Zugeständnis an die Planungssicherheit der Flughafengemeinden. Die SVP hat aber bereits ein Referendum angekündigt.